Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 1 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern: 10 Pfg. Alle Postanstalten Boten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Meißen.

Nr. 250. — 84. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Sonntag, 25. Oktober 1925

Für und Wider.

Um- und Ausblicke.

Voller Widersprüche, wie zuvor die Nachrichten über die Vorgänge in Locarno, sind jetzt die Urteile über das, was dort eigentlich erreicht worden ist, im ganzen sowohl als auch für die einzelnen beteiligten Mächte. Hier sieht man alles im rosigsten Lichte, dort fürchtet man, es werde alles beim alten bleiben, wenn nicht gar eine Verschlechterung der internationalen Verhältnisse eintreten. Jeder bildet sich seine Meinung, je nachdem er annimmt, daß Deutschland in den Völkerbund eintritt und die Verträge in Kraft gesetzt werden oder nicht. Darüber aber sind so gut wie alle einig, daß, wenn die Verträge Geltung gewinnen, das Werk von Locarno einen Markstein in der Geschichte Europas bilden wird.

*

Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß es so kommen wird, aber unbedingt sicher ist es nicht. Die Ansicht, daß die Worte „ne varietur" (unabänderlich) bei der vorläufigen Unterschrift bedeuten, ihr müsse zwangsläufig die endgültige folgen, ist irrig. Es wird damit nur ausgesprochen, daß an den Abmachungen nichts geändert werden darf, sondern sie, wenn überhaupt, nur so angenommen werden können, wie sie getroffen wurden. Die Regierungen und die Volksvertretungen haben also durchaus freie Hand, ob sie annehmen oder ablehnen wollen. Die ganze Friedensaktion ist somit noch keineswegs erledigt, sondern sie ist noch vollkommen in der Schwebe. Das Für und Wider hält sich einstweilen noch im Gleichgewicht.

*

Die auf der Gegenseite vereinigten Länder würden ja wohl die Verträge lieber heute als morgen ratifizieren. Das aber kann Deutschland nicht, Deutschland muß vielmehr abwarten, wie sich die Lösung der sogenannten Nebenfragen anbahnt, muß abwarten, ob die fremden Regierungen das Vertrauen rechtfertigen werden, aus dem heraus die deutschen Vertreter sich zur Paraphierung verstanden haben — das Vertrauen, daß die politischen Auswirkungen der Verträge auf die Lebensbedingungen der Völker und ihre Beziehungen zueinander auch dem deutschen Volke zugute kommen werden. Sicherheit dafür ist aber erst, bis zu einem gewissen Grade wenigstens, gegeben, wenn die Ententeregierungen den schönen und ganz gewiß ehrlich gemeinten Worten der Herren Briand, Chamberlain und Vandervelde entsprechende Taten folgen lassen. Wenn nicht alle unsere berechtigten Wünsche sofort erfüllt werden, vielleicht wegen der Zuständigkeitsfragen nicht sofort erfüllt werden können, so müssen wir zum mindesten auf der Gegenseite den guten Willen sehen, den sie uns fortdauernd gepredigt hat.

*

Für Deutschland heißt es also abwarten, ob für diesen guten Willen nach den Reden auch Handlungen Zeugnis ablegen werden, und eine abwartende Stellung haben demgemäß auch das Reichskabinett, der Reichsrat und der Auswärtige Ausschuß des Reichstages eingenommen. Die Verhandlungen dieser Körperschaften sind allerdings vertraulich gewesen, und die darüber herausgegebenen Berichte lauten etwas orakelhaft, aber nach allem, was veröffentlicht worden ist, darf man annehmen, daß die Haltung der deutschen Vertreter in Locarno allgemein gebilligt wird, die endgültige Stellungnahme zu dem Vertragswerk aber vorbehalten bleibt.

*

Steht die endgültige Antwort auf die Frage, wie das Deutsche Reich in Locarno abgeschnitten hat, noch aus, so hat das Deutschtum einen zweifelsfreien glänzenden Erfolg zu verzeichnen in dem Ausfall der Wahlen im Memeler Lande, das Litauen widerrechtlich an sich gerissen hat. Wenn die Deutschen rund 60 000, die Litauer nur rund 3500 Stimmen aufgebracht haben, wenn diese in der Volksvertretung bestenfalls ein einziges Mandat erhalten, jene aber möglicherweise sogar alle 29, die zu besetzen sind, so sprechen diese Tatsachen für sich selbst. Im Auswärtigen Ausschuß ist Dr. Stresemann der Befürchtung, daß durch den Sicherheitsvertrag deutsches Land und deutsches Volk ein für allemal preisgegeben werde, mit dem Hinweis entgegengetreten, daß durch den Pakt nur ein Verzicht auf einen Angriffskrieg, auf gewaltsames angreifendes Vorgehen ausgesprochen wird, daß er aber das Selbstbestimmungsrecht der Völker unangetastet läßt. Leider steht dieses schöne Recht nur auf dem Papier; wäre es schon zur Wahrheit geworden, dann müßte Litauen alsbald seinen Raub wieder herausgeben und die Memeler könnten, wie sie es vermutlich tun würden, zum Reiche zurückkehren oder einen selbständigen Staat bilden.

*

In Preußen bleibt Severing Minister des Innern, da das deutschnationale Mißtrauensvotum gegen ihn, wie vorauszusehen war, im Landtag abgelehnt worden ist. Überraschen konnte nur die Mehrheit, die sich für ihn ergab. Die Kommunisten haben sich der Stimme enthalten, aber offenbar nur aus Rücksichten, die sie auf außerhalb des Landtages liegende Dinge nehmen. Daß sie Herrn Severing gern von seinem Posten weghaben möchten bewiesen sie, indem sie mit den Deutschnationalen gegen die Bewilligung seines Gehaltes stimmten. Mirus.

Die deutsche Entwaffnungsnote

Auslegung des Vertrages.

Berlin, 23. Oktober.

Die deutsche Note in der Entwaffnungsfrage, die formell eine Antwort auf die jüngste, schon längere Zeit vor der Konferenz von Locarno überreichte Ententenote darstellt, außerdem aber im Zusammenhang mit den in Locarno getroffenen Vereinbarungen über die Räumung der Kölner Zone steht, ist durch den Botschafter Dr. von Hoesch in Paris persönlich dem französischen Außenminister überreicht worden. Nach einer englischen Blättermeldung wird in dieser Note erklärt, was Deutschland bis jetzt bereits hinsichtlich der Entwaffung getan hat, und zweitens, was es noch in dieser Hinsicht zu tun gedenke, während drittens die Punkte aufgezählt würden, bei denen es unmöglich war, mit der Kontrollkommission zu einem Übereinkommen hinsichtlich der Entwaffnung Deutschlands zu gelangen.

Eine Veröffentlichung der deutschen Antwort dürfte mit Rücksicht auf die innerpolitische Situation in Frankreich wie in Deutschland nicht erfolgen. Die Reichsregierung ist aber der Auffassung, daß mit dieser Antwort den alliierten Regierungen die Voraussetzungen für die Durchführung der zugesicherten Rückwirkungen aus dem Vertrag von Locarno gegeben werden.

Im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages erklärte Dr. Stresemann auf mehrere Fragen, daß der Westpakt, wie sich aus der Fassung des Artikels 1 und aus der gesamten Konstruktion des Vertrages ergebe, nichts anderes enthalte als den Verzicht auf Angriffskriege und aggressive Gewaltsanwendung. Der Pakt beschränke deshalb in keiner Weise das Selbstbestimmungsrecht der Völker und jedwede friedliche Entwicklung. Zu dieser Erklärung hat das Reichskabinett bekanntlich seine Zustimmung gegeben. Der Auswärtige Ausschuß hat aber keine Beschlußfassung vorgenommen, und die weitere Entwicklung muß nun abgewartet werden. Der Reichstag wird voraussichtlich erst am 20. November zusammentreten. Die nächsten Wochen müssen also nun durch ihre außen- und innenpolitischen Verhandlungen Klarheit über das Schicksal des Vertrages von Locarno bringen.

*

Entscheidender Beschluß der Deutschnationalen.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Berlin, 24. Oktober. Der Parteivorstand und die Landesverbandsvorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei traten gestern vormittag in Berlin zu einer Sitzung zusammen. Sie wurde eingeleitet durch eingehende Ausführungen des Parteivorsitzenden Dr. Winkler. Graf Westarp erstattete Bericht über die politische Lage, wie sie durch den Ausgang der Verhandlungen in Locarno sich gestaltet hat. Nach einer sehr eingehenden Aussprache faßte die Versammlung zum Schluß der Sitzung folgenden Beschluß: In Fortführung der von der deutschnationalen Reichstagsfraktion bereits ergriffenen Initiative erklären der Parteivorstand und die Landesverbandsvorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei: Das nunmehr vorliegende Vertragsergebnis von Locarno ist für die Partei unannehmbar. — Graf Westarp kündigte zum Schluß der Sitzung an, daß er die deutschnationale Reichstagsfraktion auf Sonnagnachmittag einberufe, um nach diesem Beschluß über die erforderlichen Schritte der Fraktion zu verhandeln. Von dem Vorsitzenden der deutschnationalen Reichstagsfraktion erfahren wir dazu, daß die maßgebende Entscheidung in dieser Frage von der Beschlußfassung der deutschnationalen Reichstagsfraktion abhängt, die am Sonntagnachmittag zusammentritt. Alle vor dieser Entscheidung an die gestrige Entschließung geknüpften Schlußfolgerungen entbehren somit der tatsächlichen Grundlage.

*

Die deutsche Volkspartei zum Beschluß der Deutschnationalen.

Berlin, 24. Oktober. Von maßgebender volksparteilicher Seite erfahren wir, daß die durch den Beschluß der deutschnationalen Delegiertenversammlung geschaffene Lage zwar als ernst, aber nicht als endgültig angesehen wird. Die Deutsche Volkspartei hat das Vertrauen zu den in gemeinsamer Arbeit bewährten staatserhaltenden Kräften der Deutschnationalen Volkspartei, daß sie bei der endgültigen Stellungnahme in der Angelegenheit sich der kaum ausdenkbaren Folgen auf inner- und außenpolitischem Gebiet, die eine Regierungskrise im gegenwärtigen Augenblick nach sich ziehen würde, bewußt sein werden. Die Deutsche Volkspartei kann danach nur annehmen, daß bei aller Würdigung der schweren Bedenken, die die Deutschnationale Volkspartei gegen die Abmachungen von Locarno hegen zu müssen glaubt, sich die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Regierungskoalition und auf dieser Grundlage die weitere Verfolgung der mit der Note vom 20. Juli beschrittenen klaren außenpolitischen Linie wird ermöglichen lassen.

*

Um die Räumung des Rheinlandes.

Köln, 23. Oktober.

In seiner Sitzung erörterte der Provinzialausschuß die Ergebnisse der Konferenz von Locarno für die Rheinprovinz und faßte gegen die Stimme des kommunistischen Vertreters nachstehende Entschließung: Der Provinzialausschuß vermißt mit schmerzlicher Enttäuschung bei dem Ergebnis der Verhandlungen in Locarno die schriftliche bestimmte Verpflichtung zur Räumung der nördlichen Zone des besetzten Gebiets und einer erheblichen Abkürzung der Besetzungsfristen für die übrigen Zonen und zur völligen Änderung des Besetzungsregimes. Der Provinzialausschuß erwartet, daß unverzüglich die angegebenen Forderungen des Rheinlandes befriedigt werden.

Bulgarien an den Völkerbund

Der Völkerbundrat einberufen.

Montag Zusammenkunft in Paris.

Der bulgarische Ministerrat hat den Beschluß gefaßt, sich wegen des Grenzkonfliktes mit Griechenland an den Völkerbund zu wenden und seine Intervention herbeizuführen. Der Generalsekretär des Völkerbundes hat bereits ein dementsprechendes Telegramm aus Sofia erhalten. Er hat den Völkerbundrat nach telephonischer Aussprache mit Briand für nächsten Montag nach Paris einberufen.

Griechischer Vormarsch in Bulgarien.

Die Nachrichten, die vom griechisch-bulgarischen Kriegsschauplatz vorliegen, widersprechen sich noch immer. Beide Parteien bezichtigen nach gegenseitig der Schuld, den Konflikt durch Grenzverletzungen heraufbeschworen zu haben.

Es scheint festzustehen, daß die Griechen ihren Vormarsch auf bulgarisches Gebiet fortgesetzt haben. Sie sind in Stärke von drei Regimentern Artillerie mit entsprechender Anzahl Infanterie und Maschinengewehrabteilungen etwa sechs Kilometer längs des Strumastromes vorgerückt und sollen bereits Petritsch besetzt haben. Nachrichten aus Belgrad zufolge soll der bulgarische Generalstab beschlossen haben, auch nunmehr die bulgarischen Truppen in Aktion treten zu lassen. Die bulgarischen Truppen sollen zum Gegenangriff übergegangen sein. Sollte sich diese Nachricht bewahrheiten, so dürfte damit ein neuer Balkankrieg unvermeidlich sein.

*

Bulgarische Kriegserklärung?

Über die Absichten Bulgariens werden zwei einander widersprechende Informationen gebracht. Ein Telegramm der britischen „United Preß" teilt mit, daß Bulgarien Griechenland den Krieg erklärt habe; eine Depesche, die der „Matin" von seinem Korrespondenten in Sofia erhält, kündigt einen Protest Bulgariens beim Völkerbund an, der auch bereits erfolgt ist. Eine zweite Meldung des gleichen Korrespondenten sagt, daß die bulgarische Regierung die Truppen von der Grenze zurückgezogen habe, um weiteres Blutvergießen zu verhindern. Schließlich liegt auch noch ein Telegramm aus Athen vor, das die „Annahme des griechischen Ultimatums" durch die bulgarische Regierung anzeigt.

SLUB Wir führen Wissen.
Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF